

Weitere Verschärfungen bevorstehend.

Die Kohlenknappheit, die bekanntlich im verfliegenen Herbst und Winter zu Sparmaßnahmen auf den Gebieten der Beheizung, Beleuchtung und des Straßenbahnverkehrs Anlaß gab, wird heuer bei Eintritt der kälteren Jahreszeit voraussichtlich zu noch schärferen Einschränkungen zwingen. Im Arbeitsministerium wird bereits jetzt eine Regierungsverordnung ausgearbeitet, die eine Reihe äußerst radikaler Anordnungen im Interesse der Herabsetzung des Kohlenverbrauches vorsieht.

Wie verlautet, soll die Bestimmung getroffen werden, daß in einer Wohnung nicht mehr als zwei Wohnräume gleichzeitig geheizt werden dürfen. In Aussicht genommen sind ferner eine Sperre aller Gasbadeöfen, ebenso wie eine Siftierung des Betriebes der öffentlichen Badeanstalten. Besondere Bestimmungen sollen bezüglich des Kontrolldienstes getroffen werden, insbesondere soll den für diesen Zweck zu bestellenden Ueberwachungsorganen die Möglichkeit geboten werden, von Fall zu Fall die Privatwohnungen zu inspizieren, um etwaige Uebertretungen der Heizvorschriften feststellen zu können. Endlich soll vom Tage des Inkrafttretens der Verordnung die Anlage neuer Gasanschlüsse bis auf weiteres sistiert werden.

Der Entwurf dieser Regierungsverordnung, die äußerst empfindlich in den allgemeinen Haushaltbetrieb eingreift, wird, wie wir erfahren, am 12. d. zum Gegenstand einer ministeriellen Konferenz gemacht werden, an der die Vertreter aller beteiligten Ressortministerien teilnehmen werden. Erst im Laufe dieser Beratung werden die Einzelheiten der neuen Verordnung endgültig festgestellt werden.

Die städtische Kohlenversorgungscommission.

In der gestrigen gemeinderätlichen Obmännerkonferenz teilte Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, daß auf Aufforderung der Regierung die zur Behebung der Kohlenknappheit eingesetzte Kohlenversorgungscommission der Gemeinde Wien zu einer ständigen Einrichtung auszugestalten sei, in der die verschiedenen Interessentengruppen vertreten sein sollen. Dem Vorschlage des Bürgermeisters, daß die Vertreter der Gemeinderatsparteien als Mitglieder dieser Commission beizuziehen sind, stimmte die Obmännerkonferenz zu.